

Es muß nüchtern gesehen werden, daß kein menschliches Gesetz, weder ein altes noch ein neues, nur Vorteile und gar keine Nachteile hat, daß die alte Zeit immer nur ihren Nutznießern, nicht aber allen unterschiedslos guttat und meist erst schön zu glänzen beginnt, wenn sie vergangen ist; daß auch die neue Zeit Mühsal, Unzulänglichkeit und Schaden aufweist und die Reform der Kirche nie zu Ende geht.

Karl Rahner

Ist Rom an allem schuld?

Vor drei Wochen ging verschiedenen Redaktionen ein Beitrag zur Vorausveröffentlichung zu, der vom Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Diakonia/Der Seelsorger“ verfaßt war und der dieser Tage als Leitartikel derselben Zeitschrift erscheinen wird. Die Autoren erheben darin bittere Vorwürfe wegen der „schwindenden Glaubwürdigkeit der Kirche in letzter Zeit“. Viele unserer Zeitgenossen stellten sich die Frage, „welchen Sinn die Kirche für das Leben der Gesellschaft und für ihr eigenes Leben hat; sie fragen, ob diese Kirche, wie sie sich in manchen kirchlichen Amtsträgern und in amtlichen Verlautbarungen darbietet, noch die Kirche Jesu Christi sei“.

Indizien für die abnehmende Glaubwürdigkeit der Kirche sehen sie u. a. in den zunehmenden Kirchaustritten, im nachlassenden Gottesdienstbesuch, in der steigenden Zahl von Laisierungen von Priestern und in der fallenden Zahl der Priesteramtskandidaten. Sie konstatieren ein „wachsendes Auseinanderleben zwischen Kirchenleitung und Kirchenvolk“, weil viele Amtsträger, insbesondere die Römische Kurie, nicht zur Kenntnis nehmen wollen, was die Gläubigen bewegt, was die theologische Wissenschaft erarbeitet hat und was in kirchlichen Gemeinden und Diözesen an Reformen verwirklicht wird. Sie kritisieren die Zurückhaltung und Angst amtskirchlicher Stellen gegenüber dem ökumenischen Einheitsbestreben an der Basis, das sie als „epochales Ereignis“ feiern. Sie sehen die Gefahr einer „Gettoisierung“ der Kirche heraufziehen, weil man die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht ernst nimmt und die neuen Formen einer Integration zwischen religiösem und profanem Bereich nicht gelten läßt. Die Kirche, so glauben die Autoren feststellen zu können, befinde sich in einer Krise, „die wohl mit der Krise der Reformationszeit des 16. Jahrhunderts zu vergleichen ist“. Diese Krise selbst bewerten sie, von der „Basis“ her gesehen, nicht rein negativ: Hinter der Glaubensnot vieler Christen verberge sich ein „oft leidenschaftliches Interesse an religiösen Problemen. Sie fragen nach dem heutigen Sinn des Evangeliums, nach dem genuin christlichen Ethos, nach der Möglichkeit also, die humane und befreiend erlösende Botschaft Jesu von Nazareth in der heu-

tigen Menschheit glaubwürdig und wirksam zu machen.“ Den Antipoden dieser Bestrebungen sehen sie in Rom. Das Bestürzende sei, „daß sich die Reaktion der römischen Kurie in letzter Zeit fast ganz darin erschöpft, Dekrete, Gesetze und Arbeitspapiere herauszugeben, die auf Grund ihrer theologischen Ausrichtung und ihres einseitigen juristischen Charakters die Situation nur verschärfen, anstatt eine konstruktive brüderliche Hilfe und eine pastorale Orientierung zu bieten“. Diese Dekrete, Gesetze und Arbeitspapiere werden einzeln aufgezählt und kurz analysiert: das Dekret über die Reform der Laisierungsverfahren (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 194), die dritte Instruktion für die Ausführung der Liturgiekonstitution (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 557 ff.), der Entwurf der Kleruskongregation über den diözesanen Pastoralrat und seine Beziehung zum Priesterrat (vgl. „Orientierung“, 15. 6. 71 und Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 348), das synodale Arbeitspapier zur Priesterfrage (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 215). Selbstverständlich fehlt auch nicht der von der Kommission für die Kodexreform auf vielfältigen und erregten Protest hin auf die lange Bank geschobene, aber noch nicht aufgegebene Entwurf eines Grundgesetzes der Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 239 ff., S. 273 ff. und ds. Heft, S. 367). Die jüngsten Publikationen aus der Kurie, das umfangreiche Direktorium über die Katechese und die päpstliche Exhorte über das Ordensleben (vgl. ds. Heft, S. 404) standen bei der Abfassung des Beitrags offensichtlich noch nicht zur Verfügung. Seine pastoraltheologisch orientierten Autoren hätten gewiß auch daran nicht wenig gefunden, was Anlaß zu Kritik ist. Allerdings sind diese beiden letzten Dokumente mehr Ausdruck der Verlegenheit, eine zeitlich und örtlich sehr unterschiedlich gediehene Entwicklung auf einen gemeinsamen römischen Nenner bringen zu müssen. Die Hilflosigkeit äußert sich nicht nur im objektiven Unvermögen, die verschiedenen Situationen so zu erfassen, daß sie in zentralkirchlichen Weisungen transparent gemacht und nicht unterdrückt werden. Trotz vieler guter Ansätze ist gerade das Katechese-Direktorium ein Ausdruck theolo-

gischer Verlegenheit, die dann oft in stramme Disziplinargewalt umgesetzt wird. Was ist in dieser Situation einfacher, sicherer, orthodoxer, unverdächtiger, als sich auf ekklesiologische Formeln wie diese zurückzuziehen: „Die Kirche ist in ihrem Wesen eine hierarchische Gesellschaft, ein Volk, geleitet durch seine Hirten, geeint mit dem Summus Pontifex, dem Stadthalter Christi, und seiner Leitung unterstellt.“

Kluft zwischen Institution und Wirklichkeit

Wer diese Dokumente einzeln liest, aber sie im Zusammenhang analysiert, hat nicht wenig Grund zur Besorgnis. Wer die *theologischen Aussagen* dieser Texte mit dem vergleicht, was anderswo, wenn man will, an der Peripherie, aber doch wohl in qualifizierten theologischen Fachkreisen gedacht und geschrieben wird (vgl. zur Priesterfrage unsere Darstellung im letzten Heft dieser Zeitschrift S. 343 ff.), wird den Autoren des Diakonia-Beitrags nur recht geben können. An der Kurie nimmt man nach wie vor nicht zur Kenntnis, was Theologen, Gemeinden und Synoden anderswo erarbeitet haben. Man könnte weitergehen und den Vorwurf, die engagierten kirchlichen Neuerer interpretierten das Zweite Vatikanum nach ihrem eigenen einseitigen, gar „modernistischen“ Vorverständnis, an die römische Kurie, die formell im Auftrag des Papstes handelt, zurückgeben: Auch sie interpretiert die Texte und den Aussagewillen des Konzils für den Hausgebrauch, so daß an der Sache, wenn auch nicht an Zitaten, vom Ersten Vatikanum mehr in die neuen Texte eingeht als von dem uns näherliegenden und in der Substanz nicht weniger verbindlichen Zweiten.

Am Entwurf für ein Grundgesetz der Kirche kann man diese Tendenz am deutlichsten ablesen: Ein *pyramidales Verständnis der Kirche* bestimmt den ganzen Text. Die Kirche als Kommuniongemeinschaft kommt kaum zum Zuge. Streckenweise hat man den Eindruck, selbst „*Mystici Corporis*“ mit seiner organologischen Kirchenlehre sei bereits weiter gewesen. Allzuoft wird die Kirche einfach mit ihrem Amt, der Hierarchie, gleichgesetzt und die Hierarchie selbst in erster Linie in ihrer zentralkirchlichen Aufgipfelung gesehen. Die innerkirchlichen Beziehungen zwischen den Kirchengliedern werden immer noch in erster Linie nach den Kategorien des Gehorsams in einer „ungleichartigen“ Gesellschaft, nach dem „Schema der absoluten Autorität“ gefaßt. Es scheint fast nichts von dem mühsamen, aber wohl doch nicht ganz erfolglosen *gesamtkirchlichen Lernprozeß* der letzten Jahre in diesen Entwurf eingegangen zu sein.

Andere Dokumente erwecken den Eindruck, als ob es in erster Linie nur darauf ankäme, diesen Lernprozeß zu beenden, aus dem Stadium zeitweise unumgänglichen Experimentierens wieder herauszukommen, beispielsweise die Liturgie wieder allein rubrizistisch zu regeln oder vom Konzil eröffnete Möglichkeiten kirchlicher Zusammenarbeit wieder rückgängig zu machen.

Auf dieser Linie liegt der Entwurf der Kleruskongregation für eine Rahmenordnung der Pastoralräte. Wenn das Konzil feststellte, diese Räte seien „sehr zu wünschen“ (Bischofsdekret, Nr. 27), so sind sie für die Kleruskongregation „keineswegs notwendig“. Damit ist dem Konzil formell Genüge getan. Doch die Lektüre des Papiers erweckt den Eindruck, als ob die Räte nicht nur fakultativ seien, sondern als ob es sie gar nicht geben dürfe, wenn die Kirche im Lot bleiben will. Der Pastoralrat ist nicht

nur „kein notwendiges Organ zur aktiven Teilnahme der Gläubigen am amtlichen Wirken der Kirche“. Selbst wenn ein solcher Rat eingerichtet wird, soll der Bischof völlig frei sein, sich beraten zu lassen oder auch nicht. Konsequenzen aus einer solchen Beratung ergeben sich nicht. Der Rat hat nur zu verhandeln über die „ihm vom Bischof aufgetragenen Überlegungen“, und der Bischof ist völlig frei („in keiner Weise verpflichtet“), das Beratungsergebnis zur Kenntnis zu nehmen oder nicht, praktische Folgerungen zu ziehen oder auch nicht.

In der Tendenz scheint man sogar eine *Rückbildung der bereits bestehenden Organe* anzustreben. Der Priesterrat soll der eigentliche Senat des Bischofs sein, der ihn aber selbstverständlich auch nur berät. Wenn man diesen Text liest, versteht man noch besser, warum Rom anläßlich von diözesanen und überdiözesanen Synoden so großen Wert auf *Klerikermehrheiten* legte, obgleich die Meinungsgegensätze sich ja nicht auf Kleriker und Laien verteilen, sondern quer durch die Reihen gehen. Laien dürften auch nicht *prinzipiell* unkirchlicher sein als Kleriker. Man kann also nur vermuten, daß zweierlei Sorge dahintersteckt: die Angst vor Demokratisierungstendenzen im allgemeinen und eine Aversion gegen die Wiedereinführung synodaler Elemente in die kirchliche Legislative. Vielleicht war die (übrigens seltene) lokale Weiterentwicklung des Seelsorgerates zu einer Art diözesanem Synodalrat für die Autoren des Entwurfs ein alarmierendes Zeichen. Nicht zufällig kam auch von dorthier der erste Protest. Der hierarchologische, um nicht zu sagen monokratische Aufbau der Kirche scheint für gewisse römische Dikasterien immer noch selbstverständliche Richtschnur bei der Beurteilung der Mitarbeit der Laien oder der jeweils unteren Klerikerschicht am nächsthöheren hierarchischen Amt zu sein. Das Amt selbst wird immer noch mit einem magischen Schein umgeben. Der Priester wird nicht nur kraft Weihe als höhere „ontologische Realität“ verstanden, sondern als Kultdiener, der das „Sakrale“ zu hüten hat. Anders wäre nicht zu verstehen, wieso niemand ohne Weihe die Gefäße mit der Eucharistie tragen soll. Bei einer solchen Ausdeutung der Amtsfunktionen ist es verständlich, daß man bei Amtsniederlegungen von Priestern „normale“ Motive (Überforderung durch das Amt, Zölibatsprobleme, falscher Berufsweg) nicht recht anerkennen will, sondern vornehmlich nur „schlechten Lebenswandel“ und „theologische Irrtümer“ vermutet, denen nur auf dem Wege der Barmherzigkeit zu begegnen ist und die bald an ewige Verdammnis denken lassen. (Man vergleiche die einschlägigen Formulierungen in dem schon zitierten vatikanischen Dokument über die Neuregelung der Laisierungsverfahren.)

Auf den Zentralismus festgelegt?

Nimmt man zu alledem hinzu, daß der Papst besonders seit der Außerordentlichen Synode 1969 zwar eine gewisse Aufwertung der Bischofssynode erkennen läßt, daß aber bisher alles vermieden wurde, diese auch institutionell aufzuwerten, versteht man auch *die Zweifel an einem auch strukturell spürbaren Dezentralisierungswillen* Roms. Bisher ist über Bekenntnisse, verbale Zusagen und Absichtserklärungen hinaus nie deutlich geworden, wie und inwieweit Voten der Synode verwirklicht werden. Die so ziemlich einzige Ausnahme ist die letzte *Misch-ebenenregelung*, die in der Substanz auf die Synode von 1967 zurückgeht. Bisher wurde auch eine *Fortschreibung*

des Statuts der Bischofssynode sorgfältig vermieden. Es bestehen Vorschläge seitens der Internationalen Römischen Theologenkommission, die auf eine solche Fortschreibung zielen. Ein Votum dieser Kommission lautete ja, der Papst möge durch positives kirchliches Gesetz festlegen, daß normale Entscheidungen, die die Gesamtkirche betreffen, möglichst kollegial, also unter Heranziehung der Bischofssynode (oder einer anderen Repräsentanz des Gesamtepiskopats) gefällt werden. Bisher ist nicht bekannt, wie dieses Votum aufgenommen wurde. Indessen rangiert die Bischofssynode selbst immer noch offiziell nach dem Kardinalskollegium. Und wenn man die Synodenvorlage für Herbst 1971 über das Priesteramt zu werten sucht, gewinnt man nicht den Eindruck, der Anschluß an das, was in anderen Teilen der Kirche bereits theologisches Gemeingut geworden ist, sei seit der Erweiterung des Synodensekretariats durch einen international zusammengesetzten Bischofsrat sehr viel besser gelungen.

Wer römischen Zentralismus fürchtet, wird besonders erstaunt sein, daß gerade jetzt, wenige Monate vor der Bischofssynode, ein neues römisches Dikasterium errichtet werden soll, das weitreichende Folgen für die gesamt-kirchliche Zusammenarbeit haben kann (vgl. ds. Heft, S. 360). Wäre es nicht angebracht gewesen, vorher das Votum der Synode einzuholen? Wollte man eine Konfrontation mit den Argumenten der davon betroffenen Einrichtungen bzw. ihrer bischöflichen Vorsitzenden nicht riskieren? Eine noch bessere Koordinierung und größere gesamt-kirchliche Effizienz in der kirchlichen Caritas- und Entwicklungsarbeit ist — wie jüngste Fälle gezeigt haben — besonders im Bereich der Katastrophenhilfe notwendig bzw. wünschenswert. Warum hat man aber nicht die vorhandenen Koordinierungsorgane gestärkt? Warum hatte man seitens der Kurie solche Eile? Warum hat das Staatssekretariat mit den betroffenen Organisationen nicht vorher verhandelt, sondern von oben herab entschieden? Denkt man in Rom immer noch, die Errichtung eines zentralkirchlichen Organs, das die Koordinierung, genauer die Zentralisierung der gesamten kirchlichen Entwicklungsarbeit mit sich bringt, sei nicht Angelegenheit der Teilkirchen im Zusammenspiel der Gesamtkirche, sondern nur eine kurieninterne Sache? Oder fürchtet man, um gewissen Formulierungen aus dem Staatssekretariat zu folgen, für das Gemeinwohl der Kirche und für ihre Einheit nach innen und außen, wenn neben der Einheit des Glaubens nicht auch die Einheit der Finanzen hergestellt ist?

Eine weitere Nachricht gibt zu denken: die Abwürgung der Bologneser Zeitschrift „*Il Regno*“ (vgl. ds. Heft, S. 405). Diese Zeitschrift steuerte zwar in den letzten Jahren einen sehr diskutablen und nicht immer klugen sozialpolitischen Linkskurs, der sie ebenfalls mit dem päpstlichen Staatssekretariat in Konflikt brachte. Sie war aber eines der wenigen Organe, wenn nicht das einzige auf dem italienischen kirchlichen Zeitschriftenmarkt, das ihr hohes Informationsniveau mit einem bewundernswerten Freimut in der kirchlichen Berichterstattung verband und dennoch durch und durch kirchlich war. Es ist durch Erkundung am Ort erwiesen, daß die jetzige Entlassung der gesamten Redaktion eindeutig auch auf die aktive Mitwirkung römischer Stellen zurückzuführen ist. Die Toleranzspanne der örtlichen und der römischen Behörden muß nicht sehr breit gewesen sein, wenn sie ein solches Organ nicht verkraften konnten.

Gibt es auch ein anderes Rom?

Zeichen der Beunruhigung kommen also gegenwärtig aus Rom genug. Aber gibt es nicht auch andere Seiten römischer Aktivität? Fürchtet nicht der Papst selbst, man könnte in den Ämtern der Kurie, nachdem man alte Kompetenzen durch Rückgabe von „Fakultäten“ an die Bischöfe und durch einzelne *Dezentralisierungen im Dispenswesen und in der Gerichtsbarkeit* verloren hat, nun neue „modernere“ Zuständigkeiten ansammeln. Der einschlägige Vermerk des Papstes in seiner Ansprache vor den Kardinälen vom 24. Juni (vgl. ds. Heft, S. 360), man dränge nach immer neuen Kurienorganen, kann nicht anders verstanden werden. Kommen nicht vom Papst selbst gerade in letzter Zeit mutige Initiativen wenigstens im gesellschaftspolitischen Bereich? „*Octogesima adveniens*“, das Jubiläumsschreiben anlässlich des 80. Jahrestages von „*Rerum novarum*“, ist sicher unter gesellschaftspolitischen wie unter innerkirchlichen Gesichtspunkten kein rückschrittliches Dokument: Es hat alle Starre in der Darstellung von Lehrelementen abgelegt, es läßt den Laien Freiheit der Initiative. Es wünscht auch deren Zusammenarbeit mit den Christen aus den nichtkatholischen Kirchen und mit anderen Gruppen und Bewegungen. Im Falle der Zusammenarbeit mit den verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen und Ideologien wird diese nur abhängig gemacht von einer nüchternen Prüfung der politischen, ideologischen und weltanschaulichen Elemente in ihrer gegenseitigen Verkettung. Im übrigen wird Freiheit gewährt und Freiheit empfohlen. Auch die zweite Vorlage für die Bischofssynode, jene *zum Thema Gerechtigkeit in der Welt*, ist alles eher als ein reaktionäres Papier. Es ist in der Beschreibung der Zustände erstaunlich „konkret“ und hart, wenn auch Namen bzw. Länder, auf die die beschriebenen Zustände zutreffen, ausgespart werden. Ausgespart werden freilich auch die Konsequenzen für die kirchliche Zusammenarbeit bei der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit in der Welt. Und diese *Konsequenzen* scheint man mit der Ankündigung des neuen Dikasteriums für Caritas, Katastrophen- und Entwicklungshilfe, durch den „Umbau“ des Friedenskomitees bei „*Justitia et Pax*“ und durch eine engere Bindung dieser Kommission an das Staatssekretariat bereits gezogen zu haben. Was also wird die Synode tun können? Ihr Placet zur einem künftigen kirchlichen Weltfonds geben (vgl. ds. Heft, S. 360) und einen „Aufruf der Hoffnung“ an die Welt richten, der die Aktivität der sicher nicht einheitlich zu beurteilenden Päpstlichen Diplomatie nicht stört?

Aber gibt es nicht auch in der „innerkirchlichen“ Aktivität des Vatikans und der Kurie wegweisende Zeichen? Die verschiedenen neuen Rahmenordnungen, die vor nicht langer Zeit erlassen worden sind, z. B. jene über die Priesterausbildung (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 215)? Die jetzige Mischehenordnung hatte der Papst selbst nach ihrem Erlass als Rahmenordnung interpretiert und mit ihr Raum für örtliche Anwendung gelassen (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 346). Auch die jüngste Vereinfachung der Eheprozeßordnung mit der stärkeren Verlagerung der Ehegerichtsbarkeit auf die Diözesen ist auf dieser Linie zu sehen.

Kann man weiter sagen, die *ökumenische Aktivität des Vatikans* bzw. des Papstes und seiner Kurienorgane sei auf der ganzen Linie restriktiv? Man hat insgesamt nicht den Eindruck, das interkonfessionelle Gespräch werde nicht gefördert. Aber die Schwierigkeiten wachsen jedes-

mal, wenn es zum Schwur kommt: nicht nur in der Frage des Beitritts zum ÖRK, deren Entscheidung im Augenblick nicht drängt; nicht nur in der Frage der Interkommunion, in der aus psychologisch und theologisch einsichtigen Gründen nicht nur in Rom gebremst wird; auch in der theologischen Arbeit, wenn es Ergebnisse wie etwa jüngst im lutherisch-katholischen *Theologengespräch* offiziell zu „rezipieren“ gilt. Aber kann beispielsweise für das fortbestehende Mißtrauen gegen eine Ökumene am Ort, in der Christen verschiedener Konfession zu wirklich neuartiger Gemeinschaft vorstoßen, in erster Linie Rom verantwortlich gemacht werden?

Um schließlich noch ein ganz anderes Gebiet zu streifen: Eines der jüngsten Dokumente aus der päpstlichen Kurie, die *Pastoralinstruktion über die Mittel sozialer Kommunikation* (vgl. ds. Heft, S. 370), ist gewiß nicht mit dem Odium mangelnder Sachzuwendung oder kirchlicher, gar römischer Blickverengung belastet. Eher staunt man über den medienfreundlichen Glauben an den Fortschrittscharakter von Presse, Funk und Film. Wo von Verkündigung in den Medien oder in einem weiteren Sinne von der Darstellung religiöser und kirchlicher Themen in ihnen die Rede ist, wird der Lehramtsbezug freilich auch in diesem Dokument allein beherrschend. Das theologische Problem der Vermittlung in den Medien, das zunächst nüchtern angegangen ist, wird dadurch gleich wieder verdeckt. Die Schrift als nicht normierte, aber normierende Norm scheint auch dort vergessen zu werden. Ist also doch Rom an allem schuld?

Eine Frage der Proportionen?

Die Trends liegen offen, so wie sie die Autoren des Diakonie-Beitrags geschildert haben; doch wird man Einschränkungen machen müssen, sollen die gesamtkirchlichen Proportionen gewahrt bleiben.

1. Es gibt einen *Schwund an Glaubwürdigkeit* römischer Stellen. Die Kluft zwischen dem, was in der Gesamtkirche gedacht und gelebt wird, und dem, wie in römischer Perspektive die Weltkirche gesehen wird, hat sich verbreitert. Diese Kluft läßt sich im Augenblick weder überbrücken noch schließen. Dies wußte man in den letzten Jahren; an Hand der verschiedenen kurialen Initiativen der letzten Monate ist es nur stärker bewußt geworden. Es besteht eine Kluft zwischen der additiven Manier römischer Lehrdarstellung und dem Versuch durchaus kirchlich denkender und argumentierender Theologen, Lehraussagen und Dogmen der Kirche in ihrem jeweiligen Rang und in ihrer unterschiedlichen Beziehung zum Grundgeheimnis des Neuen Testaments zu sehen: zur Selbstoffenbarung Gottes in Jesus. Das Lehramt bleibt für Rom de facto oft nicht nur nächste Form, sondern oberste Richtschnur. An Hand dieser Richtschnur wird die *Gesamttradition der Kirche oft unbefragt und einseitig im Sinne der geltenden Gesetze und Denkgewohnheiten interpretiert*. Die Schrift wird zur Fundgrube von dicta probantia, die oft an der falschen Stelle alles und nichts beweisen. Den Konzilstexten ergeht es oft nicht anders. Die Schrift ist nicht, das zeigen die eingangs zitierten Dokumente, der kritisch-normierende Bezugsrahmen für Dogmeninterpretation und Rechtsform; sie dient einseitig zur Abstützung von Rechtssätzen und Disziplinarbestimmungen, die zur „Romanität“ der Kirche passen. Die *Dezentralisierung und Kollegialisierung* der kirchlichen Leitungsfunktionen ist trotz Internationalisierung der Kurie nicht gelungen.

Manche römischen Dikasterien denken und handeln heute selbstbewußt und zugleich isoliert wie vor dem Konzil. Aber dennoch: es gibt keinen Pontifikat im letzten Jahrhundert, unter dem soviel reformiert wurde wie unter dem gegenwärtigen. „Rom“ hat heute ein geistlicheres Gesicht als es noch vor zehn Jahren hatte. Riten und Protokoll wurden vereinfacht, alle Prunkentfaltung abgebaut. Durch die Reform des päpstlichen Hofes und des halb-militärischen Charakters seiner Organe hat der Papst ein Beispiel größerer Einfachheit gegeben. Neue Männer, teils von außerhalb Italiens, sind in kuriale Spitzenpositionen vorgerückt. Zwischen Rom und dem Weltepiskopat laufen ständig *Konsultationsverfahren*, mit deren Last manche Bischofskonferenz gar nicht so recht fertig wird. Auch dadurch und nicht nur durch die Schwerfälligkeit römischer Kurienorgane werden Entscheidungen verlangsamt oder entstehen niemanden befriedigende *Kompromisse*. Man kann nicht alles nur von Deutschland oder vom zentraleuropäischen Raum aus beurteilen; man muß dem Papst wie der Kurie die gegensätzlichen Situationen in der Weltkirche zugute halten. Nur so kann man ihnen gerecht werden.

2. Die Mängel und Fehler, die Rom vorgeworfen werden, haben ihren Niederschlag in den Teil- und Ortskirchen. Trotz neuer Räte und Konsultationen sind die Bischöfe, viele *Bischöfe*, als Träger des Leitungsamtes von ihren Presbyterien und vom Kirchenvolk isoliert. Auch viele Kleriker sind in ihren Gemeinden allein trotz der neuen Formen der Beratung und Gemeindefarbeit. Viele Christen, die sich zu ihrer Kirche bekennen, finden ihrerseits nicht den lebendigen Kontakt mit der Ortskirche, den sich beide Seiten wünschen, dessen Konsequenzen aber keine Seite tragen will. Auch in den *Ortskirchen* findet sich immer noch reichlich „kuriale“ Mentalität und eine Menge Betriebsblindheit. Auch hier haben wir Schwierigkeiten, den institutionellen kirchlichen Rahmen dem christlichen Zeugnis in allen seinen Lebensäußerungen dienstbar zu machen, die theologische Erkenntnis in Verkündigung, die rechte Lehre in die rechte Praxis umzusetzen. Auch in den Ortskirchen funktionieren die Beratungsmechanismen nicht so, daß sie zu wirklicher Gemeinschaft zwischen Leitung und Fußvolk führen. Das liegt nicht nur am Leitungsamt oder am Seelsorger; es liegt an der ganzen *Gemeinde*, oft auch an der ganzen Diözese, weil Laien wegen beruflicher und anderer Lasten oder Motive nur zu beschränktem Engagement bereit oder in der Lage sind. Die *ersten Synodenerfahrungen* sind in diesem Punkte lehrreich gewesen (vgl. ds. Heft, S. 400). Neue Formen der Mitverantwortung und Mitentscheidung, die wirklich für das kirchliche Leben und für die Glaubwürdigkeit der Kirche in der Gesellschaft hilfreich sind, scheitern oft nicht an mangelnder Aufgeschlossenheit der Amtsträger, sondern an mangelnder Initiative und am zu geringen Durchhaltevermögen der Beteiligten.

3. Hängt die *Glaubwürdigkeit der Kirche* wirklich primär von römischen Verordnungen und Gebrauchsanweisungen ab. Ist nicht am Ort genügend Raum für Initiative? Bleibt nicht die Gefahr, daß sich allzu viele Blicke auf Rom richten und alles Unheil dort finden, aber auch alles Heil in Rom suchen? Haben gar Kirchenaustritte, haben die leerer werdenden Kirchen und die vielen dünnbesiedelten Seminare wirklich primär ihren Grund in rückwärts gewandten römischen Instruktionen? Rom hat zum Mißbehagen in der Kirche während der letzten Jahre nicht wenig beigetragen. Aber steigende Kirchenaustritte,

sinkende Nachwuchszahlen, leere Kirchenbänke am Sonntag haben in erster Linie wohl doch mit zwei anderen Faktoren zu tun. Sind sie (von allen „normalen“ Ursachen einmal abgesehen) nicht noch mehr Folge eines gesellschaftlichen Klimas, das sich der Kirche auf langem Wege entfremdet hat (umgekehrt natürlich auch), das zwar voller Fragen an die Kirche ist (vgl. den Leitartikel im letzten Heft dieser Zeitschrift), das aber die Verbindlichkeit des Bekenntnisses und die Konsequenzen des Handelns scheut? Wir müssen uns, wenn wir realistisch sein wollen, auch fragen, ob der Ausfall an spiritueller Tiefe in der ermüdenden Hektik innerkirchlicher Auseinandersetzung die Glaubwürdigkeit der Kirche nicht noch empfindlicher schwächt. Unter diesem Gesichtspunkt gibt auch unsere Dokumentation über die Priesterfrage in diesem Heft (S. 378) einiges zum Überlegen auf. Propagieren wir nicht selbst oft unter dem Mantel der Progressivität ein zum Skelett abgemagertes Christentum, einen Glauben, der für viele Christen, die Glauben wirklich praktizieren möchten, nicht glaubenswert erscheint? Werden religiöse Bedürfnisse oft nicht nur nicht gesehen, sondern auch menschliche Grundkomponenten verkürzt: Lob, Dank, Mitteilbarkeit, Freude, Hoffnung, die die Aspirationen einer bloßen Emanzipations- oder Konsumgesellschaft übersteigen; die Fähigkeit, die eigene Position kritisch aufzuarbeiten? Auch wir müssen uns fragen, ob wir die Kirche Jesu Christi sind.

Das Papstamt reformieren?

Heißt das Rom abschreiben oder sich auf ein „pneumatisches“ Christentum oder auf eine Kirche der individuellen Frömmigkeit zurückziehen, um im frommen Winterschlaf die Krise der Kirche zu überleben. Vermutlich erledigt sich die Frage von selbst. Wir wollten damit nicht von Rom ablenken, sondern, wie gesagt, nur an die Proportionen erinnern und es uns selbst nicht zu leicht machen. Rom braucht unsere Geduld, auch wenn es sie manchmal strapaziert, wie die gesamte Kirche unsere Geduld und Mitarbeit braucht. Mitarbeit kann hier aber nur heißen nach vorne denken. Rom steht erst am Beginn seiner Reform, an diese Tatsache wird es immer wieder zu erinnern sein. Aber gerade deswegen müssen einige entschiedene Schritte jetzt getan werden. *Für eine Person allein ist die Kirche heute nicht mehr regierbar.* Der Papst muß nicht nur beraten werden; er braucht ein Organ der Mitentscheidung. Die Bischofssynode ist das natürliche Organ solcher Mitentscheidung. Sie muß deshalb nicht nur regelmäßig tagen (dies sagte der Papst 1969 zu) und ein erweitertes Sekretariat haben, sondern zum ständigen, jederzeit einberufbaren Gremium der Mitentscheidung werden. Es muß künftig allen anderen Organen (Kardinalskollegium, Kurie) eindeutig übergeordnet sein. Alle langfristigen Entscheidungen können im Sinne des Votums der Theologenkommission nicht ohne die Synode oder gegen deren Willen getroffen werden. Aber die Kirche ist heute auch durch einen von der Synode gestützten und in Absprache mit ihr entscheidenden Papst nicht zentral regierbar. Dezentralisierung, nicht Rezentralisierung ist geboten. Mit der Furcht vor Auflösungserscheinungen kommen wir nicht weiter. Die Kirchen müssen sich regional verselbständigen können, ohne die Kommuniongemeinschaft mit Rom aufzugeben. Dafür gibt es *geschichtliche Modelle* (Patriarchate). Man wird sie nicht kopieren können, sondern mit Rom gemeinsam *neue Modelle* suchen

müssen. *Kontinentale Bischofskonferenzen* bilden sich bereits in nuce. Sie müßten neben den nationalen Bischofskonferenzen Katalysatoren solcher Verselbständigung innerhalb der unumstrittenen Gemeinschaft mit Rom sein. Rom hat sie bisher leider nicht sehr unterstützt. Oder wie ist sonst die Nachricht zu interpretieren, das Staatssekretariat habe nach Jahresbeginn Einspruch erhoben gegen die Bildung eines Zentralrats der asiatischen Bischöfe, weil dieser CELAM (dem lateinamerikanischen Bischofsrat) zu sehr gleiche?

Soll aber nicht von neuem die Verwaltung der Seelsorge den Rang ablaufen, *müssen überall Rechte und Pflichten nach unten delegiert bzw. verlagert werden*, während nach oben die Kräfte zu langfristigen Entscheidungen zusammenfinden. In dieser Weise könnten das Subsidiaritäts- und das Solidaritätsprinzip in der Kirche konkretisiert werden. Zur Konkretisierung beider gehört, daß in der Kirche ein *gesellschaftlicher Raum* bleibt, in dem sich (wie bisher in der Entwicklungshilfe) auch gesamtkirchliche und gesellschaftspolitische wichtige Initiativen ohne strikte zentralkirchliche Reglementierung entfalten können. Dieser „gesellschaftliche“, nicht veramtete Raum muß erhalten bleiben, will die Kirche nicht auf dem Wege eines *aufgeklärten Verwaltungszentralismus*, wie ihn das Staatssekretariat gegenwärtig praktiziert, auch in den Entwicklungsgesellschaften zu einer gesellschaftlichen Macht neben anderen Mächten werden, die die geistliche Sendung der Kirche vernebelt. Hierin liegen gerade für das Päpstliche Staatssekretariat eine Menge Versuchungen. Die vom Nachgeben jeweils Betroffenen werden vermutlich zu widerstehen wissen. Doch auch andere römische Dikasterien bedürfen einer kritischen Begleitung, vorab die Glaubenskongregation, die jetzt durch die Umbildung und Eingliederung der Bibelkommission (vgl. ds. Heft, S. 404) theologische „Verstärkung“ erhalten hat. Gerade jetzt laufen nach der neuen Verfahrensordnung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 143) die ersten *Lehrverfahren* gegen zwei deutsche Professoren, gegen die Tübinger Theologen *Haag* und *Küng*. Man wird sehen, ob diese Kongregation sich nun sachlicherer Spielregeln bedient, als wir sie von noch nicht lange zurückliegenden Fällen (*Illich*, *Lemercier*) her kennen. Nicht weniger bedeutsam ist für die nächste Zeit die Arbeit der *Kommission für die Kodexreform*. Wie einmal ein ökumenischer Konzilsbeobachter sagte, *wird das erneuerte Kirchenrecht der eigentliche Kommentar zur Kirchenlehre des Konzils sein.* Mit dem Versuch eines Grundgesetzes hat die Kommission schlecht kommentiert. Möglicherweise hat man sie damit überfordert, weil ein solches Grundgesetz entgegen dem Wunsch mancher „Progressiver“ weder notwendig noch machbar ist. Je konkreter aber der neue Kodex Gestalt annimmt, umso mehr drängt die Prüfung der Details. Die Kommission unter der Leitung eines der gegenwärtig einflußreichsten und am meisten juristisch denkenden Kardinäle, des ehemaligen Konzilssekretärs *Felici*, wird sich darauf einzustellen haben. Kritik erscheint hier als ein wichtiger Dienst an der Kirche. Hat nicht der Papst selbst gesagt: „Das neue Gesetz des Volkes Gottes muß zwar vom Papst promulgiert werden, aber es ist höchst angebracht, daß ihm die Hilfe der Hirten der Kirche zuteil werde, die ihrerseits die Interpretationen der Empfindungen des Volkes Gottes sein werden“ (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 346). Das setzt voraus, daß im Volke Gottes die Empfindungen sachlich, aber klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden.